

Beschluss des Landrats vom 08.11.2018

Nr. 2284

14. Formulierte Gesetzesinitiative «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen»; Ablehnung ohne Gegenvorschlag

2018/488; Protokoll: mko

Kommissionspräsident **Christoph Hänggi** (SP) führt aus, dass diese ebenfalls formulierte Gesetzesinitiative das Bildungsgesetz um einen Artikel, § 12a Bildungsfinanzierung, ergänzen möchte. Im § 12a Abs. 1 soll folgendes festgeschrieben werden: «Der Kanton und die Gemeinden stellen genügend finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Qualität der Schulbildung nachhaltig zu garantieren. Sie gewährleisten bedürfnisgerechte Schulbauten sowie lehrplan- und lehrmittelgerechte Schuleinrichtungen.» Falls Einsparungen im Bildungsbereich vorgesehen werden, sollen diese, gemäss dem neuen § 12a Abs. 2, mit folgenden fünf Massnahmen erzielt werden: Verzicht auf neue überkantonale Bildungsprojekte, Überprüfung der Beteiligung an laufenden überkantonalen Bildungsprojekten, Sparbeitrag von mindestens 3 Prozent der Dienststellen der kantonalen Bildungsverwaltung, Sparbeitrag der übrigen Schulstufen und allenfalls Neuverhandlungen interkantonomer Verträge.

Der Regierungsrat lehnt die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Er ist der Auffassung, dass im Kanton Baselland genügend und angemessene finanzielle Mittel für das Bildungswesen zur Verfügung stehen. Weiter stellt der Regierungsrat fest, dass die Bildungsqualität im Vergleich zu anderen Kantonen, wie Leistungstests zeigen, als sehr gut bewertet werden kann. Eine Annahme der formulierten Gesetzesinitiative würde den Kanton und die Gemeinden zudem dazu verpflichten, zur Erzielung von Einsparungen im Bildungsbereich einen neuen gesetzlich vorgegebenen Massnahmenkatalog zu befolgen.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beriet die Vorlage an der Sitzung vom 24. Mai 2018 sowie in der Sitzung vom 20. September. Angehört wurden in der Sitzung vom 24. Mai 2018 die Vertreter des Initiativkomitees, Präsident und Geschäftsführer des Lehrerverbands Baselland (LVB). Gemäss den Initianten soll damit unter anderem die Frage gestellt werden, wofür die Bildungsgelder konkret ausgegeben werden. Viele Rückmeldungen der Basis des LVB nahmen Bezug auf die Infrastruktur der Schulen. Diese sei nicht überall schlecht, aber die Spannweite sei sehr gross. Aus Optik der Lehrpersonen stehen die Ausgaben für die Infrastruktur auf Primar- und Sekundarstufe in keinem Verhältnis zu den Grossprojekten auf Tertiärstufe. Investitionen im Tertiärbereich seien nur solange in Ordnung, als dass die Mehrausgaben nicht zu Lasten der Volksschule gehen. Das Ganze könne mit dem Bau eines mehrstöckigen Hauses verglichen werden, bei welchem die oberen Stockwerke der Volksschule als Fundament des Bildungswesens gebaut werden.

In der Kommission wurde weiter diskutiert, wie die Formulierung «genügend finanzielle Mittel» im Initiativtext zu verstehen sei. Die Initianten wiesen darauf hin, dass die Formulierung «der Kanton und die Gemeinden stellen genügend finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Qualität der Schulbildung nachhaltig zu garantieren» einem moralischen Imperativ gleichkomme. Und der zweite Satz («Sie gewährleisten bedürfnisgerechte Schulbauten sowie lehrplan- und lehrmittelgerechte Schuleinrichtungen.») seien konkrete Forderungen. Wenn ein Lehrmittel also PC verlangt, muss dafür gesorgt sein, dass genügend PC vorhanden sind.

Viele Kommissionmitglieder brachten zum Ausdruck, dass ihnen einige Punkte der Initiative zwar durchaus sympathisch seien und man sich Gedanken über einen Gegenvorschlag machen könne. Die Suche danach wurde jedoch bald abgebrochen, da auch die Unterstützung für die Initiative nicht gross war. Zudem wurde die bereits sehr grosse Anzahl an Initiativen der letzten Jahre angeführt.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 8:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen, dem Landratsbeschluss zuzustimmen.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress

Keine Wortmeldungen.

Ziffer 1

Jürg Wiedemann (GU) wird sich an dieser Stelle zu einigen Punkten äussern, da es aufgrund des ohne Gegenstimme erfolgten Kommissionsbeschlusses keine Eintretensdebatte gab. Er möchte denselben Antrag stellen wie beim vorhergehenden Traktandum. Das scheint ihm auch für das Protokoll wichtig, da die Abstimmungsverhältnisse jeweils im Abstimmungsbüchlein ausgewiesen werden. Der Änderungsantrag lautet wie folgt: «In Abs. 2 soll das Wort abgelehnt durch angenommen ersetzt werden und in Abs. 3 abzulehnen durch anzunehmen.»

Weshalb ist die Initiative wichtig? Sie legt zwei Selbstverständlichkeiten fest. Zum einen, dass Kanton und Gemeinde genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, welche die Schulen benötigen, um den Auftrag, der ihnen gegeben wurde, zu erfüllen. Es kann ja nicht angehen, dass obligatorische Lehrmittel verordnet werden, die auf Computer aufbauen, wenn es im Schulhaus gar keine Computer gibt. Damit werden unhaltbare Fakten geschaffen. Es kann auch nicht angehen, wenn im Frühling bei Aussentemperaturen von 22 oder 24 Grad die Zimmer in den «Glaspalästen» bis auf 30 Grad aufgeheizt werden. Es gibt mehrere solcher Beispiele. Dieser erste Absatz sollte eigentlich eine absolute Selbstverständlichkeit sein und der Votant versteht nicht, wie man dagegen sein kann.

Dass der zweite Absatz ein etwas heikler Punkt ist, kann der Votant zwar nachvollziehen. Dennoch scheint er extrem moderat formuliert zu sein. Er kommt nämlich nur dann – und wirklich nur dann – zur Anwendung, wenn die Bildungsdirektion mit ihrem Kostendach von rund CHF 880 Mio. pro Jahr zum Sparen gezwungen ist. Hier zeigt die Initiative vier Bereiche auf, in denen gespart werden soll. In erster Linie sollen keine neuen internationalen Projekte angegangen werden; es ist dafür zu sorgen, dass auch die Bildungsverwaltung einen (egal wie hohen) Beitrag leistet; und es soll vor allem bei jenen Bildungsträgern gespart werden, die in den letzten Jahren überdurchschnittlich viel ausgegeben hatten. Es ist klar, dass dies tendenziell eher auf Uni und Fachhochschule zielt, was aber auch richtig ist, da gerade dort die Kosten in den letzten Jahren extrem explodiert sind. Es kann nicht sein, dass am einen Ort die Kosten explodieren, während am anderen gespart werden muss.

Damit soll nicht dem Sparen das Wort geredet werden. Wie bereits erwähnt hält der Votant Bildung für die wichtigste Ressource in diesem Kanton. Deshalb müssen sowohl die primären, sekundären und tertiären Schulen als auch die Universitäten und Fachhochschulen genügend finanzielle Mittel erhalten.

Miriam Locher (SP) greift die Bemerkung ihres Vorredners auf, wonach tendenziell eher bei der Uni gespart werden müsste. Der SP-Fraktion ist besonders wichtig, dass die Stufen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie ist generell dagegen, dass in der Bildung abgebaut wird, egal auf welcher Stufe. Nichtsdestotrotz hat auch die SP einige Mühe mit dem Wortlaut der vorliegenden Initiative. Deshalb wird sie die von Jürg Wiedemann gestellten Anträge nicht einheitlich unterstützen.

Für **Paul R. Hofer** (FDP) sieht das ein bisschen aus wie ein Katalog, die der Regierung genau aufzeigt, was sie zu tun hat. Damit aber hindert man sie am Regieren. Die FDP-Fraktion lehnt ab.

Florence Brenzikofer (Grüne) sagt, dass auch die vorliegende Initiative in der Grüne/EVP-Fraktion kontrovers diskutiert wurde. Sie enthält viele wichtige Punkte und es ist unbestritten, dass der Kanton und die Gemeinden nachhaltig eine hohe Bildungsqualität garantieren sollen. Auch die allgemeine Forderung nach bedürfnisgerechten Schulhausbauten sowie lehrplan- und lehrmittelgerechten Schuleinrichtungen ist selbstverständlich unbestritten. Der Verzicht auf überkantonale Bildungsprojekte geht aber definitiv zu weit. Bei diesem Punkt setzte man sich auch mit einem möglichen Gegenvorschlagstext auseinander, man setzte das Wort «Überprüfung» statt «Verzicht» ein, um die laufenden Projekte nicht zu schwächen. Ein definitiver Schwachpunkt ist für die Grüne/EVP-Fraktion das Ausspielen der verschiedenen Schulstufen, wie dies bereits Miriam Locher betont hatte. Der Unmut der Volksschule ist zwar verständlich, gab es doch in den letzten Jahren einen Abbau. Die Bildungsqualität als Ganzes jedoch gegeneinander auszuspielen ist problematisch. Man hätte gerne einen soliden Gegenvorschlag vorliegen, aber leider kam dieser nicht zustande. Die Initiative ist sehr komplex, sehr beladen und sie enthält sehr viele verschiedene Punkte. Aufgrund des genannten Schwachpunkts war es für die Grüne/EVP-Fraktion klar, dass die Initiative nicht unterstützt wird. Einige werden sich enthalten.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) begrüsst auf der Tribüne das Büro des baselstädtischen Grossen Rats, die ihren Kollegen vom Land einen Besuch abstatten, um anschliessend eine gemeinsame Sitzung abzuhalten. Der Gruss geht an Statthalter Heiner Vischer, Salome Hofer, David Jenny, Joël Thuring, Beat Flury (Leiter Parlamentsdienste Basel-Stadt) und die Zweite Ratssekretärin Alexandra Suter. Im Anschluss an die Sitzung wird es einen gemeinsamen Rundgang durch das Kantonsmuseum geben zum Thema «Das Schwein – intelligent, schlau und lecker». Zum Abschluss gibt es einen Imbiss mit «Schwynigs».

Wie soll der Bildungsfranken ausgegeben werden, fragt sich **Pascal Ryf** (CVP). Das ist die grosse Frage. Auch bei dieser Initiative lässt sich sehr gut nachfühlen, was LVB und Mitglieder sich überlegt haben. Natürlich ist das Ganze auch ein Sammelsurium, aber es handelt sich um Themen, welche die Lehrerinnen und Lehrer beschäftigt. Und so kam der Vorstoss zustande. Die CVP/BDP-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass die Stufen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen. Aber Hand aufs Herz: Wer von den Anwesenden war an der Eröffnung des FHNW-Campus in Muttenz dabei? Es war ein wundervoller Anlass für einen Prachtsbau, den sich der Kanton Basel-Landschaft über CHF 300 Mio. kosten liess. Lenkt man seinen Blick jedoch auf die einzelnen Schulhäuser, kann man schon verstehen, dass einige Mühe haben, wenn sie sehen, dass die Volksschule manchmal etwas zu kurz kommt, während auf der Tertiärstufe mit der grossen Kelle angerührt wird.

Dennoch: Die Initiative ist leider sehr schwammig formuliert. Was heisst schon «genügende Mittel» in einem Gesetz? Das müsste präziser sein. Das Anliegen ist zwar verständlich, aber die CVP/BDP-Fraktion wird auch diese Initiative (sowie den Antrag von Jürg Wiedemann) einstimmig ablehnen.

Die Initiative vergisst laut **Daniel Altermatt** (glp) eine Kleinigkeit – nämlich dass es eine Volksschule gibt, dass vor allem die Primarschule von den Gemeinden finanziert wird, die aber zu den Lehrmitteln nichts zu sagen haben. Es kann nicht angehen, dass jemand in einem Kämmerchen ein Lehrmittel beschliesst, ohne Rücksicht auf die Kostenfolge für die Gemeinden. Diese müssen dann riesige Aufwendungen betreiben und sich massiv verschulden, weil es offenbar einen «moralischen Imperativ» gibt. Alleine deswegen ist es völlig undenkbar, die Initiative zu unterstützen.

Dass eine Initiative weiter Vorgaben macht, wie im Einzelfall zu entscheiden ist, darf ebenfalls nicht sein. Die glp/GU-Fraktion lehnen Initiative und Vorstoss ab.

Jan Kirchmayr (SP) hat grosse Sympathien mit dem Absatz 1 des Initiativtexts, weil hier ein sehr wichtiger Punkt aufgegriffen wird. Darin heisst es, dass die Schulhausbauten in einem angemessenen Zustand sind und es lehrplan- und lehrmittelgerechte Schuleinrichtungen gibt. Man muss sich schon auch eingestehen, dass dies nicht überall der Fall ist. Gemäss Bau- und Planungskommission stehen zwar ziemlich viele Investitionen bei den Sekundarschulhäusern an – endlich, es ist dafür wirklich Zeit! Lehrmittel- und lehrplangerechte Schuleinrichtungen, z.B. eine IT-Infrastruktur, sind nicht weniger dringend nötig.

Mit dem Absatz 2 hat der Votant grosse Mühe. Seine Haltung ist, dass bei der Bildung nicht gekürzt werden darf und es keine Opfersymmetrie geben soll. Bildung ist Zukunft.

Paul Wenger (SVP) beschränkt sich, nachdem schon vieles gesagt wurde, auf zwei Punkte: Die SVP-Fraktion wird dem Kommissionsantrag (der mit 8:0 Stimmen bei drei Enthaltungen zustande kam) folgen. Sowohl bei dieser Vorlage wie der vorherigen beschlich ihn der Eindruck, dass einzelne Personen die Arbeit der Bildungskommission und die Tiefe der Diskussion etwas falsch einschätzen. Der Votant möchte sich hier für die Bildungskommission als Ganzes wehren. In dem Gremium wurden die Geschäfte seriös, ausführlich und detailliert beraten. Zu beiden Geschäften kam kein Gegenvorschlag zustande.

Ein persönlicher Punkt: Es wurde mehrfach gesagt, man solle eine Bildungsstufe nicht gegen eine andere ausspielen. Im Grundsatz lässt sich damit leben – aber nur halbwegs. Pascal Ryf hat bereits den neuen FHNW-Bau angesprochen. Dort wurden – der Votant konnte an der Eröffnungsfeier nur staunen – Millionen verbaut. Wenn man sieht, dass im Hochschulbereich hunderte von Millionen Franken verbraten werden, und dass die Volksschule vielleicht die eine oder andere Million nötig hätte, dann hat er dafür Verständnis, wenn jemand findet, er müsse angesichts dessen die eine gegen die andere Stufe ausspielen. Das ist zumindest im Einzelfall vertretbar. Es sei daran erinnert, dass in den letzten Monaten und Jahren x-mal über Volksschulanliegen diskutiert wurden. Dabei wurde bei Weitem nicht so freizügig mit dem Geld umgegangen wie im Hochschulbereich. Dieses Thema wird die Bildungsdirektion unter der sehr erfolgreich amtierenden Regierungsrätin in den nächsten Jahren noch sehr stark beschäftigen.

Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag und lehnt die Initiative einstimmig ab.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) fühlt sich als zuständige Bildungsgemeinderätin herausgefordert, auch noch etwas zur Thematik zu sagen. Wenn es heisst, dass die Gemeinden genügend finanzielle Mittel für bedarfsgerechte Schulwaren zur Verfügung stellen, muss man sich einmal vorstellen, was das für eine Gemeinde bedeutet, die fünf Schulhäuser hat, die sie unterstützen, unterhalten und ausbauen muss. In Reinach wird aktuell ein Schulhaus neu gebaut. Und dann kommt das nächste dran. Was ist nun zu verstehen unter «nachhaltig»? Wie soll man das alles und in welchem Zeitraum unter einen Hut bringen? Damit werden die Gemeinden extrem unter Druck gesetzt. Deshalb seien die Kolleginnen und Kollegen gebeten, im Sinne der Gemeinden der Initiative nicht zuzustimmen.

Auch hier muss **Marc Schinzel** (FDP) konstatieren, dass die Initiative zwar gut gemeint ist, aber nicht gut umgesetzt. Der Abs. 1, den man ins Bildungsgesetz einführen möchte, ist viel zu abstrakt. Begriffe wie «genügend», «nachhaltig» oder «garantieren für gute Schulbildung» bringen es nicht. Das ist zu blumig formuliert. Abs. 2 ist dafür konkret wie ein Kochrezept. Hier möchte man allen vorschreiben, was sie zu machen haben, wenn man einmal sparen sollte. Auch das ist ein Unsinn, wie bereits Daniel Altermatt ausgeführt hatte. Es ist alles andere als liberal, im Gesetz

eine Handlungsanweisung vorzugeben, wie die Regierung zu sparen hat, falls es dann einmal so weit ist. Da wünscht man sich doch etwas mehr Ermessen.

Andrea Heger (EVP) muss auf ihren Vorredner und seine Rede von der Blumigkeit replizieren. Noch heute Morgen wünschte sich ihre Seite beim Geschäft über den ÖV-Mix bei Salina Raurica eine konkrete Richtzahl, auf die sich hinsteuern lässt. Die Seite von Marc Schinzel jedoch wollte es blumig haben. Dieses Argument zieht hier nicht.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, dass es für den Regierungsrat selbstverständlich sei, dass sowohl Kanton als auch Gemeinden genügend finanzielle Mittel bereitstellen – sowohl für Einrichtungen wie für Infrastruktur in den Schulen. Gerade aber auch in den Sekundarschulbauten gibt es unbestritten Nachholbedarf. Es wurden hohe Investitionen für die nächsten 10 Jahre eingeplant, nämlich rund eine halbe Milliarde Franken. Der Regierungsrat hat es also sehr wohl erkannt und ist auch bereit, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Mit der Initiative werden wie gehört starre Sparregeln eingeführt, was nicht zielführend ist. Man muss immer das Gesamtsystem, immer alle staatlichen Ausgaben im Auge behalten und den Steuerfranken gezielt und verantwortungsvoll einsetzen. Das macht der Regierungsrat. Béatrix von Sury tönnte es vorhin an, dass die Initiative auch den Gemeinden vorschreiben möchte, was sie zu tun haben. Zwar ungenau, dennoch ist dieses Potential nicht zu unterschätzen. Dies widerspricht aber ganz klar der Verfassung, gemäss der die Gemeinden autonom sind.

Weiter möchte man die interkantonale Zusammenarbeit einschränken. Auch das ist nicht zielführend, gibt es doch sehr viele Schulabkommen, die dadurch gefährdet würden. Es wäre ein Nachteil für alle Baselbieter Schüler und Studierende, wenn keine Abkommen mehr mit anderen Kantonen ausgehandelt werden könnten.

Weiter wurde das Ausspielen der Bildungsstufen erwähnt. Auch dies darf man nicht tolerieren. Alle Bildungsstufen sind gleichermassen wichtig und brauchen Mittel.

Die Votantin bittet den Rat deshalb ebenfalls, die Initiative abzulehnen. Das vielfältige und durchlässige Bildungssystem darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) begrüsst auf der Tribüne alt Landratspräsident Philipp Schoch, dem nicht entgehen dürfte, dass sich nichts verändert hat.

://: Der Landrat lehnt den Antrag von Jürg Wiedemann mit 64:4 Stimmen bei vier Enthaltungen ab.

Regina Werthmüller (parteilos) verlangt eine Wiederholung der Abstimmung, da trotz Drücken des Abstimmungsknopfs ihre Stimme offenbar nicht gezählt wurde.

://: Der Landrat lehnt den Antrag von Jürg Wiedemann mit 65:5 Stimmen bei drei Enthaltungen ab.

Ziffer 2

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 60:3 Stimmen bei 10 Enthaltungen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Formulierte Gesetzesinitiative «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen»

vom 8. November 2018

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. *Die formulierte Gesetzesinitiative «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!» wird abgelehnt.*
 2. *Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die formulierte Gesetzesinitiative «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!» abzulehnen.*
-